

# Vollmacht und Prozessvollmacht

Den Rechtsanwälten des Büros

**KANZLEI**HAMBURG GÄNSEMARKT, Gerhofstraße 40, 20354 Hamburg

Rechtsanwälte Michael Conrad, Dr. Jens-Arne Reumschüssel

Telefon: 040/4111130-00 – Fax: 040/4111130-01

wird in Sachen

gegen

wegen

Vollmacht und Prozessvollmacht erteilt, insb. gem. §§ 81ff. ZPO, 11ff. ArbGG, 68b, 302, 374 StPO, 67f. VwGO, 73 SGG, 22 BVerfGG, 62 FGO, 81 MarkenG

Diese Vollmacht erstreckt sich insbesondere auf folgende Befugnisse:

1. Vertretung in Zivilrechtsstreitigkeiten, öffentlich-rechtlichen Streitigkeiten und Sozialrechtssachen außergerichtlich wie gerichtlich in allen Instanzen.
2. Verteidigung und Vertretung in Bußgeldsachen und Strafsachen in allen Instanzen, auch für den Fall der Abwesenheit sowie auch als Nebenkläger, Vertretung gem. § 411 StPO mit ausdrücklicher Ermächtigung gem. §§ 233 I, 234 StPO, Entgegennahme von Ladungen gem. § 145a II StPO, Vertretung in sämtlichen Strafvollzugsangelegenheiten.
3. Strafanträge zu stellen und zurückzunehmen sowie die Zustimmung gem. §§ 153 und 153a StPO zu erteilen.
4. Entschädigungsanträge nach dem StrEG zu stellen.
5. Empfangnahme und Freigabe von Geld, Wertsachen, Urkunden und Sicherheiten, insbesondere des Streitgegenstandes, von Kautionen, Entschädigungen und der vom Gegner, von der Justizkasse oder anderen Stellen zu erstattenden Kosten und notwendigen Auslagen sowie Verfügungen hierüber ohne die Beschränkung des § 181 BGB.
6. Übertragung der Vollmacht ganz oder teilweise auf andere.
7. Entgegennahme von Zustellungen und sonstigen Mitteilungen, Einlegung und Rücknahme von Rechtsmitteln sowie Verzicht auf solche, Erhebung und Rücknahme von Widerklagen, Einleitung von Neben- und Hauptintervention, Nehmen von Akteneinsicht – jeweils auch in Ehesachen.
8. Beseitigung des Rechtsstreits durch Vergleich, Verzicht oder Anerkenntnis (auch außergerichtlich).
9. Vertretung vor den Familiengerichten gem. § 78 ZPO sowie Abschluß von Vereinbarungen über Scheidungsfolgen und Stellung von Anträgen auf Erteilung von Renten- und sonstigen Versorgungsauskünften.
10. Vertretung im Insolvenz- oder Vergleichsverfahren über das Vermögen des Gegners und in Freigabeprozessen sowie als Neben- oder Hauptintervenient.
11. Alle Nebenverfahren, z.B. Arrest und einstweilige Verfügung, Kostenfestsetzung, Zwangsvollstreckung einschließlich der aus ihr erwachsenden besonderen Verfahren, Zwangsversteigerung und Zwangsverwaltung und Hinterlegungsverfahren.
12. Abgabe von Willenserklärungen (z.B. Kündigungen) und Führung von Verhandlungen aller Art.
13. Erhebung von Verfassungsbeschwerden vor den Landesverfassungsgerichten und dem Bundesverfassungsgericht.
14. Entbindung von gesetzlichen/berufsrechtlichen Schweigepflichten.

Diese Vollmacht gilt jedoch ausdrücklich nicht für das Verfahren zur Überprüfung der Prozesskostenhilfe nach Abschluss des Hauptsacheverfahrens.

Ort, Datum

**x**  
Unterschrift(en)

Soweit Zustellungen statt an die Bevollmächtigten auch an die Partei unmittelbar zulässig sind (z.B. § 16 FGG, § 8 VwZG), bitte ich, diese nur an meine Bevollmächtigten zu bewirken.

Sache:

**Wertgebühren-Hinweis, Vergütungsvereinbarung für Beratungsleistungen, sonstige  
Allgemeine Mandatsbedingungen:**

1. Die Rechtsanwälte der **KANZLEI**HAMBURG**GÄNSEMARKT** (»Rechtsanwälte«) haben mich/uns darauf hingewiesen, dass sich die in vorbezeichneter Sache zu erhebenden Gebühren nach dem Streitwert und den Bestimmungen des Rechtsanwaltsvergütungsgesetzes (RVG) sowie dem dazugehörigen Vergütungsverzeichnis (VV) richten. Dies gilt abweichend von § 34 RVG ebenfalls für eine (auch erste) Beratung und auch dann, wenn der Auftraggeber Verbraucher ist. Die Mindestgebühr für ein Mandat (auch für eine Erstberatung) beträgt EUR 190,-- zzgl. der jeweils gültigen USt. (z. Zt. 19%). Das Vorgesagte gilt unbeschadet einer etwa abgeschlossenen Stundenhonorarvereinbarung.
2. Mehrere Mandanten haften für Forderungen der Rechtsanwälte entgegen § 7 Abs. 2 RVG als echte Gesamtschuldner i.S.v. § 421 BGB.
3. Bei mandatsbedingter Kanzleiabwesenheit erhalten die Rechtsanwälte auch innerhalb Hamburgs die Gebühren und Auslagen für eine Geschäftsreise.
4. Dem/den Mandanten ist bekannt, dass im Falle eines gerichtlichen Obsiegens von der Gegenseite nur die gesetzlichen Gebühren zu erstatten sind.
5. Die Rechtsanwälte dürfen von bei ihnen eingehenden Fremdgeldern, die an den/die Mandanten auszukehren sind, offene und fällige, aber auch offene und gestundete Forderungen gegen den/die Mandanten aus beliebigen Mandatsverhältnissen mit dem/den Mandanten in Abzug bringen (dies gilt bei gestundeten Forderungen nur, soweit die Stundungsvereinbarung keine abweichende Regelung enthält, wobei eine solche Regelung nur schriftlich getroffen werden kann – das gilt auch für Abweichungen von diesem Schriftformerfordernis).
6. Weiterzuleitende Dokumente werden dem/den Mandanten, wo möglich, bevorzugt auf elektronischem Wege übermittelt. Hierzu werden in Papierform bei den Rechtsanwälten eingehende Dokumente vorher gescannt. Hiermit ist/sind der/die Mandant(en) einverstanden. Mit einer Übermittlung von Dokumenten an Gerichte, Gegner und sonstige Beteiligte in elektronischer Form ist/sind der/die Auftraggeber ebenfalls einverstanden.

Ort, Datum

Unterschrift f. d. Rechtsanwälte

Ort, Datum

**X**  
Unterschrift(en) Auftraggeber

## Hinweise zur Datenverarbeitung der **KANZLEI**HAMBURG**GÄNSEMARKT**

### 1. Name und Kontaktdaten des für die Verarbeitung Verantwortlichen

Diese Datenschutzhinweise gelten für die Datenverarbeitung durch:

Verantwortlicher: KanzleiHamburgGänsemarkt Rechtsanwälte GbR (Rechtsanwälte Michael Conrad, Dr. Jens-Arne Reumschüssel), Gerhofstraße 40, 20354 Hamburg, Deutschland

Email: info@khhg.de Telefon: +49/(0)40/4111130-00 Fax: +49/(0)40/4111130-01

Ein betrieblicher Datenschutzbeauftragter ist nicht eingerichtet.

### 2. Erhebung und Speicherung personenbezogener Daten sowie Art und Zweck und deren Verwendung

Wenn Sie uns mandatieren, erheben wir folgende Informationen:

- Anrede, Titel, Vorname, Nachname
- Anschrift
- E-Mail-Adresse(n)
- Telefonnummern (Festnetz und Mobilfunk privat und dienstlich)
- Geburtsdatum, wo erforderlich (z.B. bei Arzthaftungsmandaten)
- Arbeitgeber, wo erforderlich (z.B. bei Arbeitsrechtsmandaten)
- Kontoverbindung, wo erforderlich (z.B. zur Auskehrung von für Sie bestimmten Geldern)
- weitere Informationen, die für die Geltendmachung und Verteidigung Ihrer Rechte im Rahmen des Mandats notwendig sind

Die Erhebung dieser Daten erfolgt,

- um Sie als unseren Mandanten identifizieren zu können
- um Sie angemessen anwaltlich beraten und vertreten zu können
- zur Korrespondenz mit Ihnen
- zur Rechnungsstellung
- zur Auskehrung von für Sie bestimmten Geldern
- zur Abwicklung von evtl. vorliegenden Haftungsansprüchen sowie der Geltendmachung etwaiger Ansprüche gegen Sie

Die Datenverarbeitung erfolgt auf Ihre Anfrage hin und ist nach Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. b DSGVO zu den genannten Zwecken für die angemessene Bearbeitung des Mandats und für die beidseitige Erfüllung von Verpflichtungen aus dem Mandatsvertrag erforderlich. Die für die Mandatierung von uns erhobenen personenbezogenen Daten werden bis zum Ablauf der gesetzlichen Aufbewahrungspflicht für Anwälte (6 Jahre nach Ablauf des Kalenderjahres, in dem das Mandat beendet wurde) gespeichert und danach gelöscht, es sei denn, dass wir nach Artikel 6 Abs. 1 S. 1 lit. c DSGVO aufgrund von steuer- und handelsrechtlichen Aufbewahrungs- und Dokumentationspflichten (aus HGB, StGB oder AO) zu einer längeren Speicherung verpflichtet sind oder Sie in eine darüber hinausgehende Speicherung nach Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. a DSGVO eingewilligt haben.

### 3. Weitergabe von Daten an Dritte

Eine Übermittlung Ihrer persönlichen Daten an Dritte zu anderen als den im Folgenden aufgeführten Zwecken findet nicht statt. Soweit dies nach Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. b DSGVO für die Abwicklung von Mandatsverhältnissen mit Ihnen erforderlich ist, werden Ihre personenbezogenen Daten an Dritte weitergegeben. Hierzu gehört insbesondere die Weitergabe an Verfahrensgegner und deren Vertreter (insbesondere deren Rechtsanwälte) sowie Gerichte und andere öffentliche Behörden zum Zwecke der Korrespondenz sowie zur Geltendmachung und Verteidigung Ihrer Rechte. Die weitergegebenen Daten dürfen von dem Dritten ausschließlich zu den genannten Zwecken verwendet werden. Das Anwaltsgeheimnis bleibt unberührt. Soweit es sich um Daten handelt, die dem Anwaltsgeheimnis unterliegen, erfolgt eine Weitergabe an Dritte nur in Absprache mit Ihnen.

#### **4. Betroffenenrechte**

Sie haben das Recht:

- gemäß Art. 7 Abs. 3 DSGVO Ihre einmal erteilte Einwilligung jederzeit gegenüber uns zu widerrufen. Dies hat zur Folge, dass wir die Datenverarbeitung, die auf dieser Einwilligung beruhte, für die Zukunft nicht mehr fortführen dürfen
- gemäß Art. 15 DSGVO Auskunft über Ihre von uns verarbeiteten personenbezogenen Daten zu verlangen. Insbesondere können Sie Auskunft über die Verarbeitungszwecke, die Kategorie der personenbezogenen Daten, die Kategorien von Empfängern, gegenüber denen Ihre Daten offengelegt wurden oder werden, die geplante Speicherdauer, das Bestehen eines Rechts auf Berichtigung, Löschung, Einschränkung der Verarbeitung oder Widerspruch, das Bestehen eines Beschwerderechts, die Herkunft ihrer Daten, sofern diese nicht bei uns erhoben wurden, sowie über das Bestehen einer automatisierten Entscheidungsfindung einschließlich Profiling und ggf. aussagekräftigen Informationen zu deren Einzelheiten verlangen
- gemäß Art. 16 DSGVO unverzüglich die Berichtigung unrichtiger oder Vervollständigung Ihrer bei uns gespeicherten personenbezogenen Daten zu verlangen
- gemäß Art. 17 DSGVO die Löschung Ihrer bei uns gespeicherten personenbezogenen Daten zu verlangen, soweit nicht die Verarbeitung zur Ausübung des Rechts auf freie Meinungsäußerung und Information, zur Erfüllung einer rechtlichen Verpflichtung, aus Gründen des öffentlichen Interesses oder zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen erforderlich ist
- gemäß Art. 18 DSGVO die Einschränkung der Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten zu verlangen, soweit die Richtigkeit der Daten von Ihnen bestritten wird, die Verarbeitung unrechtmäßig ist, Sie aber deren Löschung ablehnen und wir die Daten nicht mehr benötigen, Sie jedoch diese zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen benötigen oder Sie gemäß Art. 21 DSGVO Widerspruch gegen die Verarbeitung eingelegt haben
- gemäß Art. 20 DSGVO Ihre personenbezogenen Daten, die Sie uns bereitgestellt haben, in einem strukturierten, gängigen und maschinenlesebaren Format zu erhalten oder die Übermittlung an einen anderen Verantwortlichen zu verlangen und gemäß Art. 77 DSGVO sich bei einer Aufsichtsbehörde zu beschweren. In der Regel können Sie sich hierfür an die Aufsichtsbehörde Ihres üblichen Aufenthaltsortes oder Arbeitsplatzes oder unseres Kanzleisitzes wenden

#### **5. Widerspruchsrecht**

Sofern Ihre personenbezogenen Daten auf Grundlage von berechtigten Interessen gemäß Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. f DSGVO verarbeitet werden, haben Sie das Recht, gemäß Art. 21 DSGVO Widerspruch gegen die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten einzulegen, soweit dafür Gründe vorliegen, die sich aus Ihrer besonderen Situation ergeben. Möchten Sie von Ihrem Widerspruchsrecht Gebrauch machen, genügt eine E-Mail an [info@khhg.de](mailto:info@khhg.de)

Sache:

Ich/wir bestätige(n) hiermit durch Unterschrift, die Hinweise zur Datenverarbeitung der  
**KANZLEI**HAMBURGGÄNSEMARKT  
erhalten zu haben.

Ort, Datum

**x**  
Unterschrift(en) Auftraggeber